

Haushaltsentwurf 2023 und mittelfristige Finanzplanung

Der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 steht unter dem Zeichen der finanzpolitischen Zeitenwende. Bundesfinanzminister Christian Lindner ist es trotz enormer Herausforderungen gelungen, die Schuldenbremse einzuhalten. Die Prioritäten in den Staatsausgaben sind Entlastungen von Haushalten und Unternehmen in der Krise und Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung, Innovationen, Verkehr und Klimaschutz.

Was ist der größte liberale Erfolg im Regierungsentwurf?

Mit dem Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 und dem Finanzplan bis 2026 sind wir einen großen Schritt weiter auf dem Weg zu einem unserer zentralen Ziele: Die Rückkehr zur finanzpolitischen Normalität ist eingeleitet. Trotz großer Herausforderungen durch anhaltende Lieferkettenprobleme, die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und Zinskosten, die 2023 mehr als siebenmal so hoch sein werden wie 2021, kann Deutschland nach drei Ausnahmejahren wieder die Schuldenbremse einhalten. Die Neuverschuldung sinkt von fast 140 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf nur noch 17,2 Milliarden im Jahr 2023. Dadurch bleiben wir auch in Zukunft handlungsfähig und vermeiden inflationäre Impulse.

Wie entwickelt sich die Staatsschuld in den kommenden Jahren?

Insbesondere Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie haben in den Jahren 2020 und 2021 die Schuldenquote auf 69,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen lassen. Wir senken die Ausgaben des Bundes im Jahr 2023 um rund 50 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr, reduzieren die Neuverschuldung um über 120 Milliarden Euro und ermöglichen dadurch, dass die Schuldenquote bis 2026 auf unter 65 % des BIP zurückgehen wird. Das ist ein großer Schritt in Richtung des Maastricht-Referenzwerts von 60 % und steht voll im Einklang mit den europäischen Haushaltsregeln.

Führt der Haushalt zu höheren Belastungen für die Bürger? Werden Haushalte und Unternehmen trotz geringerer Staatsverschuldung in der aktuellen Krise entlastet und unterstützt?

Obwohl der Bund massiv spart, sieht der Haushalt keine neuen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger vor. Es gibt im kommenden Jahr keine Steuererhöhungen. Ganz im Gegenteil: Haushalte und Unternehmen, die von der aktuellen Krise besonders betroffen sind, erhalten weiterhin die dringend erforderliche Unterstützung. KfW-Überbrückungsdarlehen von bis zu 5,4 Milliarden Euro sichern bei Bedarf die Energieversorgung. Zusätzlich deckt eine

globale Krisenvorsorge in Höhe von 5 Milliarden Euro etwaige unvorhersehbare pandemiebezogene Mehrbelastungen oder Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg ab.

Welche Schwerpunkte setzen der Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung?

Der Finanzplan sieht bis 2026 Investitionen von mehr als 200 Milliarden Euro vor und macht, wie von der FDP-Fraktion gefordert, die 2020er-Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung, Innovation, Bildung und Forschung, Verkehr und Klimaschutz. Durch das Sondervermögen Bundeswehr werden wir bereits ab 2023 deutlich mehr in die Modernisierung der Bundeswehr und damit in die Landes- und Bündnisverteidigung investieren.

Wie tragen die geplanten Ausgaben dazu bei, Deutschland innovativer zu machen?

Aus dem Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ wird der Ausbau von Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologie, 5G/6G-Kommunikationstechnologien sowie der DigitalPakt Schule finanziert. Bildungs- und Forschungsausgaben in Höhe von mehr als 122 Milliarden Euro ermöglichen Leistungsverbesserungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), stärken die Forschung zu Klimaschutz, Gesundheit und Schlüsseltechnologien. Im Energie- und Klimafonds (EKF), zukünftig Klima- und Transformationsfonds (KTF) stehen über 200 Milliarden Euro u. a. für die Dekarbonisierung der Industrie, den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft sowie den Aufbau der Ladeinfrastruktur bereit. Aus dem Fonds wird seit 1. Juli 2022 auch die EEG-Umlage finanziert. Er speist sich aus Einnahmen des Europäischen Emissionshandelssystems und bedarf voraussichtlich in den kommenden Jahren keiner Bundeszuweisungen mehr.

Wie geht es jetzt weiter?

Nachdem die Bundesregierung den von Bundesfinanzminister Christian Lindner eingebrachten Haushaltsentwurf am 1. Juli beschlossen hat, ist nach der parlamentarischen Sommerpause der Gesetzgeber am Zug: In den parlamentarischen Haushaltsberatungen werden wir von September bis November daran arbeiten, gegenüber dem Regierungsentwurf noch weitere Mittel in Zukunftsinvestitionen umzuschichten und Spielräume für steuerliche Entlastungen freizulegen. Auch wenn Gesetze den Bundestag nie so verlassen, wie sie in ihn eingebracht werden, eines wird unverändert der Fall sein: Die Schuldenbremse wird eingehalten.